

Autor: Stratmann, K./ Witsch, K.
Seite: 001 bis 005
Ressort: Seite 1 / Thema des Tages
Mediengattung: Tageszeitung

Nummer: 251
Auflage: 44.803 (gedruckt)¹ 132.740 (verkauft)¹
 147.111 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,595 (in Mio.)²

¹ IVW 3/2022

² AGMA ma 2022 Tageszeitungen

Die drohende Stromlücke

Die Ziele der Bundesregierung für erneuerbare Energien bis 2030 sind kaum zu erreichen. Es werden vor allem viel zu wenige Windräder in Deutschland gebaut.

Mehr als 20 Jahre hat es gedauert, bis sich in Deutschland Windräder an Land mit einer Gesamtleistung von 56 Gigawatt drehten. Innerhalb von nur sieben Jahren müsste nun noch einmal mehr als die gleiche Menge installiert werden, nämlich 59 Gigawatt, damit die Bundesregierung ihr für 2030 gesetztes Windkraft-Ziel von 115 Gigawatt erreicht. Das ist kaum zu schaffen, wie eine Auswertung nahelegt, die das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI) für das Handelsblatt erstellt hat. Es droht eine Lücke in der Stromversorgung.

Laut EWI müssten von 2023 bis Ende 2029 täglich 5,8 Windräder mit einer durchschnittlichen Leistung von je 4,2 Megawatt hinzukommen. Mögliche Rückbauten alter Anlagen sind dabei einberechnet. Wie gewaltig die Aufgabe ist, zeigt der historische Vergleich: Im Mittel der Jahre 2010 bis 2021 wurden pro Tag rund 3,5 Windenergieanlagen errichtet, mit einer Nennleistung von im Schnitt lediglich 2,8 Megawatt. Für das Vorhaben von 115 Gigawatt bis 2030 müssten jährlich fast neun Gigawatt installiert werden. Selbst im bisherigen Boomjahr 2017 hat es eine so hohe Ausbaugeschwindigkeit nicht gegeben. Damals wurden 5,3 Gigawatt neu installiert.

Ohne ausreichend Ökostrom wird Deutschland nicht nur seine Klimaziele verfehlen – auch die Industrie könnte abwandern. Laut einer Umfrage der Wirtschaftsinitiative Sun & Wind Belt unter 249 Industriefirmen, die dem Handelsblatt vorab vorliegt, empfinden 70 Prozent genug Strom aus erneuerbaren Quellen als wichtigen Standortfaktor. K. Stratmann, K. Witsch

Die drohende Stromlücke

Nach den Worten von EWI-Experte Tobias Sprenger wäre „eine große Kraft-

anstrengung“ erforderlich, um die Ausbaupläne zu schaffen: „Alle Zahnräder – von der Ausschreibung bis hin zur Installation der Anlagen – müssten reibungslos ineinandergreifen, vor allem die Genehmigungsverfahren müssten signifikant beschleunigt werden.“

Auch Kerstin Andreae, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), sieht den Engpass vor allem bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren: „Wir brauchen eine Gelingenshaltung bis in jede Amtsstube.“

Dass es nicht weitergehen kann wie bisher, ist im zu Ende gehenden Jahr wieder deutlich geworden: Es wurden erneut zu wenig Windräder in Deutschland aufgebaut. Mit maximal 2,5 Gigawatt neu installierter Windkraftleistung an Land rechnet die Fachagentur Wind in ihren vorläufigen Zahlen.

„Aktuell sind es vor allem stark gestiegene Anlagenpreise, Kapitalzinserhöhungen sowie Lieferprobleme für einzelne Anlagenkomponenten, die den Ausbau hierzulande bremsen“, sagt Jürgen Quentin von der Fachagentur Wind. Dass sich die Ausbaugeschwindigkeit stark beschleunigt und damit die Situation merklich verbessert, damit rechnet der Energiewirtschaftsexperte nicht.

Der Ausbaupfad des Bundeswirtschaftsministeriums selbst sieht vor, dass im Jahr 2023 fünf Gigawatt, im Jahr 2024 acht Gigawatt und ab 2025 jeweils zehn Gigawatt Windkraft jährlich neu hinzukommen werden. Ähnlich steil verlaufen die geplanten Ausbaupfade für die Photovoltaik. „Die Bundesregierung hat sich ambitionierte Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien gesetzt“, sagt EWI-Experte Sprenger: „Die Ausbaugeschwindigkeit der Windenergie muss sich bis zum Jahr 2030 im Durchschnitt etwa verdreifachen und bei Photovoltaik sogar mehr als vervierfachen.“

Bund und EU wollen Hürden aus dem Weg räumen

Das Ausbautempo wiederum ist nötig, um das übergeordnete Ziel zu erreichen: Die Ampelkoalition will bis 2030 den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch auf 80 Prozent steigern, obwohl sie mit einem deutlichen Anstieg des Jahresstromverbrauchs auf 750 Terawattstunden rechnet. Zur Einordnung: 2021 waren es noch 569 Terawattstunden.

Jahrelang hatte die Politik den steigenden Strombedarf ignoriert. Statt bei immer mehr Elektroautos, Wärmepumpen und strombetriebenen Anwendungen in der Industrie mit einer steigenden Nachfrage zu kalkulieren, rechneten die letzte Bundesregierung und der damalige Wirtschaftsminister Peter Altmaier die Prognosen schön. Kurz vor seinem Abtritt korrigierte der CDU-Politiker sie dann doch noch. Und nach der jüngsten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) unter Altmaiers Nachfolger Robert Habeck (Grüne) rechnet die aktuelle Regierung nun mit dem Wert von 750 Terawattstunden im Jahr 2030.

Sprenger hält die neue Annahme für belastbar: „Die 750 Terawattstunden stehen jetzt im Einklang mit den wissenschaftlichen Studien dazu. Auf dem Bruttostromverbrauch basieren die geplanten Ausbaupfade der erneuerbaren Energien.“

In den kommenden Jahren muss sich nun aber erweisen, ob das Ziel eines Erneuerbaren-Anteils von 80 Prozent auch erreichbar ist. Es gibt einige Gründe, daran zu zweifeln – vor allem der Widerstand von lokalen Bürgerinitiativen und die langen Genehmigungsverfahren gelten laut Expertinnen und Experten als die größten Herausforderungen.

Knapp 30.000 Windräder drehen sich

mittlerweile auf Wiesen und Feldern, aber auch in der Nord- und Ostsee. Dank der monatelangen Debatte um Versorgungssicherheit und die Abhängigkeit von fossilen Energien ist die Akzeptanz der Windkraft bei den Deutschen zwar spürbar gestiegen. Laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) akzeptieren 86 Prozent der Befragten Ökostromanlagen in ihrer Nähe. Den größten Sprung hat dabei die Windkraft gemacht: So sind inzwischen 50 Prozent der Befragten bereit, mit einer neuen Windkraftanlage in ihrer Nähe zu leben. Das sind elf Prozent mehr als noch im Vorjahr.

So weit die Theorie. In der Praxis allerdings scheinen viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung schnell zu ändern, wenn ein Windkraftprojekt in ihrer Umgebung realisiert werden soll. Wenn es darauf ankommt, können auch Einzelne mit Widersprüchen und Klagen den Prozess merklich verlangsamen. Es sind aber nicht nur Privatleute, die querschließen. Auch beteiligte Behörden erweisen sich oft als hartleibig, etwa wenn es um Belange des Natur- oder des Denkmalschutzes geht.

Der Bundesgesetzgeber hat in den vergangenen Monaten zwar viel getan, um eine Beschleunigung zu ermöglichen. Mit dem „Osterpaket“, einem Bündel von Gesetzesvorhaben, ist der Ausbau der Erneuerbaren nun per Gesetzesdefinition „im überragenden öffentlichen Interesse“. Das soll dem Ausbau in der Verwaltungspraxis Vorrang vor anderen Belangen geben. Zusätzlich werden Genehmigungsverfahren gestrafft und bürokratische Hürden aus dem Weg geräumt. Außerdem wurde das Zwei-Prozent-Ziel festgeschrieben: Zwei Prozent der Landesfläche sollen spätestens 2032 für die Nutzung von Windkraft zur Verfügung stehen. Bislang ist es weniger als ein Prozent.

Auch aus Brüssel kommt Unterstützung. Kurz vor Weihnachten verständigte sich der EU-Energieministerrat auf eine Reihe von Maßnahmen, die den Ausbau der Erneuerbaren ebenfalls voranbringen sollen. Dazu zählt die Vereinfachung von Standards für die naturschutzrechtliche Prüfung. Es dürfte allerdings noch Monate und im ungünstigsten Fall sogar Jahre dauern, ehe sämtliche Erleichterungen auch konkret in der letzten Amtsstube angekommen sind.

Sind die Ausbauziele vor diesem Hinter-

grund realistisch? Nikolas Stihl, Vorsitzender des Beirats des Motorsägenherstellers Stihl, ist sehr skeptisch, was die Umsetzung der Energiewende in Deutschland angeht. „Bei der Art und Weise, wie da vorgegangen wird, ist Dilettantismus schon ein relativ schwaches Wort“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Vor zehn Jahren habe er in einem Interview gesagt, dass er nicht glaube, dass die Stromnetze binnen einer Dekade genug ausgebaut seien, um den Strom der Windparks aus dem Norden in den Süden zu bringen.

„Und wenn man sich anschaut, dass von 12.000 Kilometer Leitungen, die wir benötigen, erst etwa 2000 Kilometer fertiggestellt wurden, dann habe ich leider recht behalten mit meiner Voraussage.“ Diese Entwicklung bereite ihm mehr Sorgen als die derzeit hohen Energiepreise, sagte der schwäbische Familienunternehmer. „Und es sieht nicht so aus, als ob es in absehbarer Zeit wirklich vorwärts geht.“

Die Bundesregierung habe zwar einiges auf den Weg gebracht, doch das reiche noch nicht aus, bemängelt BDEW-Hauptgeschäftsführerin Andreae. Es bleibe weiterhin wichtig, die Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen. „Eminent wichtig ist außerdem, dass genug Flächen für die Erneuerbaren zur Verfügung stehen“, sagt die BDEW-Chefin: „Die Festlegung von verbindlichen Flächenzielen für die Windenergie an Land für die Bundesländer muss wesentlich schneller kommen als bis Ende 2032.“ Um die Ausbauziele zu erreichen, sei es erforderlich, dass bereits 2025 zwei Prozent der Landesfläche vollständig ausgewiesen seien.

„Das Jahr 2023 wird für einige Änderungen aus dem Osterpaket zum Praxistest“, sagt Martin Gerhardt, Deutschlandchef des Turbinenherstellers Siemens Gamesa, dem Handelsblatt. Zum Beispiel, ob die Genehmigungsverfahren wirklich vereinfacht werden. Bis ein Windrad steht, kann es hierzulande schon mal sechs bis acht Jahre dauern. Zudem seien die schlechte Qualität vieler Straßen und fehlende Rastplätze „handfeste Probleme für die Schwerlasttransporte“. Mehr als 80 davon braucht es, um alle Teile für ein einziges Windrad aus der Produktion an den zukünftigen Standort zu bekommen.

„Ein einheitliches, transparentes, verlässliches und klares Genehmigungsverfahren hierfür gibt es nicht“, moniert Gerhardt. Alles auf der Strecke muss von

Bund, Ländern und Kommunen einzeln genehmigt werden. Jede Genehmigung kann dabei schon mal ein paar Hundert Seiten betragen.

Bei der Solarenergie sieht es da schon besser aus. Mit einem Zubau von 7,5 Gigawatt an Photovoltaik-Leistung rechnet der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) in diesem Jahr. Das sind immerhin fast 30 Prozent mehr als im Vorjahr. „Damit ist die Photovoltaik-Nachfrage 2022 das sechste Jahr in Folge prozentual zweistellig gewachsen. Gerade im Eigenheimsektor ist die Nachfrage in diesem Jahr infolge der Energiekrise nochmals sprunghaft gestiegen“, freut sich BSW-Chef Carsten Körnig.

Industrie kritisiert mangelndes Angebot an grünem Strom

Seit Ausbruch der Energiekrise kaufen sich immer mehr Bürger eine eigene Solaranlage. Das schlägt sich auch in den Zahlen nieder: Ein Plus von 45 Prozent verzeichnet die Branche im Vergleich zum Vorjahr allein in den ersten zehn Monaten dieses Jahres.

Und das dürfte 2023 so weitergehen: Drei Viertel aller privaten Hausbesitzer, die über ein geeignetes Dach verfügen, liebäugeln mit einer eigenen Solaranlage, jeder Fünfte plant sogar bereits in den kommenden zwölf Monaten mit der Installation einer Anlage. Dies ist das Ergebnis einer vom BSW in Auftrag gegebenen repräsentativen Yougov-Befragung unter 1022 Immobilienbesitzern in Deutschland.

Auch die Anzahl großflächiger Solarparks auf Feldern und Wiesen wächst kräftig. Nur auf Gewerbedächern geht der Photovoltaik-Ausbau spürbar zurück. „Dieser Markteinbruch ist das Resultat politischer Fehlentscheidungen der letzten Legislaturperiode, die bislang nur zum Teil korrigiert wurden“, kritisiert BSW-Chef Körnig. Mit dem Osterpaket seien viele wichtige Probleme adressiert worden, aber ob die ambitionierten Ausbauziele bis 2030 erreicht werden könnten, hänge auch daran, ob genügend Fläche freigegeben werde und die Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigt werden könnten.

In Deutschland mangle es an ausreichend Ökoenergie, monieren auch die Industrieunternehmen. Sie sehen darin einen klaren Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland. „Die Zeiten als Vorreiter sind vorbei, andere Länder haben uns beim Ausbau der Erneuerbaren schon lange überholt“, sagt einer der Manager. Über 50 Prozent der von der

transatlantischen Wirtschaftsinitiative Sun & Wind Belt Befragten sehen Deutschland beim Ausbau von Wind und Solar nur noch im Mittelfeld. Vor allem die USA, Skandinavien und China seien in Sachen Energiewende mittlerweile deutlich besser. K. Stratmann, K. Witsch

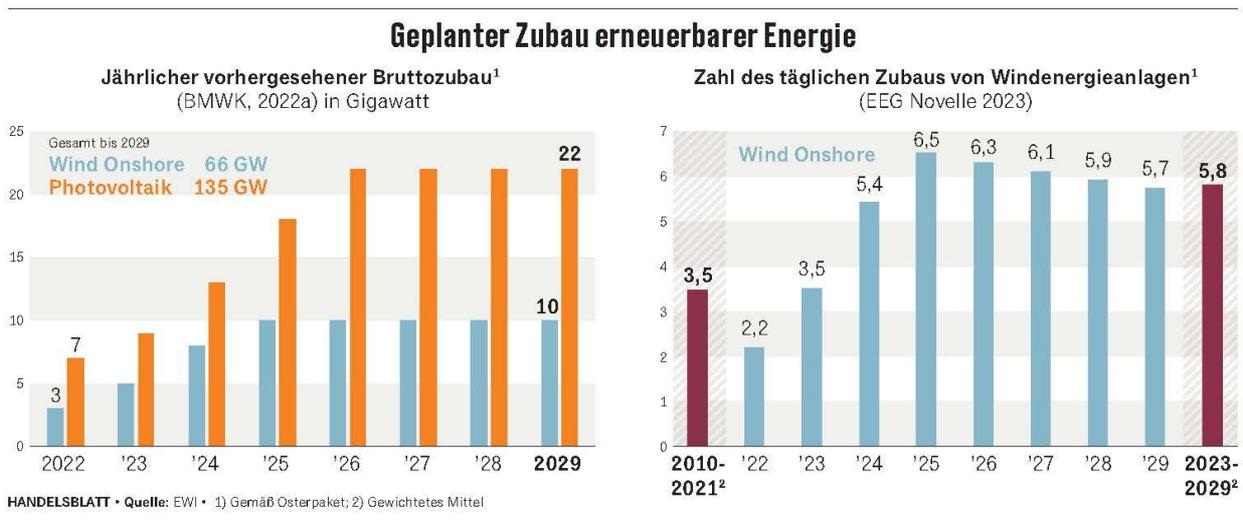
► Kommentar Seite 19

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

5,8 Windräder mit einer durchschnittlichen Leistung von je 4,2 Megawatt

müssten ab 2023 bis Ende 2029 in Deutschland täglich hinzu kommen. Quelle: EWI Bei der Art und Weise, wie da vorgegangen wird, ist Dilettantismus schon ein relativ schwaches Wort. Nikolas Stihl zur Umsetzung der Energiewende in Deutschland Vorsitzender des Beirats von Stihl Die wichtigsten Fakten 1 Die Windkraftkapazität in Deutschland soll 2023 um fünf Gigawatt und 2024 um acht Gigawatt steigen. Ab 2025 sollen jährlich zehn Gigawatt neu hinzukommen. 2022 werden es wohl nur 2,5 Gigawatt Leistung sein, die

neu hinzukamen. 2 Die Ampelkoalition will bis 2030 den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch auf 80 Prozent steigern. 3 Zwei Prozent der Landesfläche sollen spätestens 2032 für die Windkraftnutzung zur Verfügung stehen. Bislang ist es weniger als ein Prozent. 4 Der Bundesverband Solarwirtschaft rechnet dieses Jahr mit einem Zubau von 7,5 Gigawatt an Photovoltaikleistung – 30 Prozent mehr als 2021.



Handelsblatt Nr. 251 vom 28.12.2022
 © Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
 Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Deutschland: Energiewende - Jährlicher geplanter Bruttozubau von Photovoltaik und Wind Onshore in Gigawatt 2022 bis 2029, Zahl des täglichen Zubaus von Wind Onshore Energieanlagen 2022 bis 2029 (UMW / Grafik)

Wörter: 1878

Urheberinformation: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2022: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.